

# Wahlprüfsteine der DFG-VK NRW zu den Bundestagswahlen 2021



## 1.) Atomwaffen ächten

Weltweit besitzen 9 Staaten insgesamt 13.400 Atomwaffen mit der Sprengkraft von 160.000 Hiroshima-Bomben. Pro Minute werden fast 139.000 Dollar für Atomwaffen weltweit ausgegeben. In Deutschland im Fliegerhorst Büchel sind 20 Atombomben der USA stationiert, die in nächster Zeit durch neue, gefährlichere ausgetauscht werden. Die Bundesluftwaffe soll diese Bomben im Zuge der „Nuklearen Teilhabe“ im Kriegsfall ins Ziel fliegen. Dazu sollen die bisherigen Tornado-Flugzeuge durch neue F-18-Bomber ersetzt werden. Der gemeinsame Bundestagsbeschluss aller Fraktionen vom März 2010, sich bei der NATO und in den USA für den Abzug der Bomben nachdrücklich einzusetzen, wurde nicht umgesetzt. Die Bundesregierung beharrt auf der Nuklearen Teilhabe und hat den aktuellen UN-Atomwaffenverbotsvertrag nicht unterzeichnet.

### **Fragen zu 1):**

- **Wie werden Sie und Ihre Partei sich für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und den Verzicht auf die „Nukleare Teilhabe“ einsetzen?**
- **Werden Sie sich für die Ratifizierung des UN-Atomwaffenverbotsvertrages durch Deutschland und für ein weltweites Verbot aller Atomwaffen politisch engagieren?**

## 2.) Abrüsten statt Aufrüsten

Die weltweiten Ausgaben für Rüstung und Militär lagen 2020 bei über 1.980 Milliarden Dollar. Für das Welternährungsprogramm werden dem gegenüber nur 8 Mrd. Dollar ausgegeben. Pro Kopf der Weltbevölkerung betragen die Ausgaben für Militär und Rüstung somit 241 US-Dollar, das sind 170-mal mehr als für die Bekämpfung des Hungers in der Welt. Allein die USA geben mit 738 Mrd. Dollar zwölfmal so viel für Rüstung und Militär aus wie Russland (60,6 Mrd. \$) und viermal so viel wie China (193,3 Mrd. \$). Die Militärausgaben der 29 NATO-Staaten liegen bei 1.035 Mrd. \$. Die weltweite Hochrüstung schafft neue Unsicherheit und Kriegsgefahren gerade auch zwischen den großen Wirtschafts- und Militärmächten.

Deutschland will seinen Militäretat auf 2% der Wirtschaftsleistung steigern, das sind je nach wirtschaftlicher Entwicklung zwischen 70 und 80 Mrd. Euro (2%-Ziel). 2014 betrug der Militäretat noch 32,4 Mrd. Euro, in diesem Jahr liegt er bereits bei 47 Mrd., eine Steigerung um fast 50%! Mit diesem Geld werden Rüstungsprojekte wie der Bau neuer Kriegsschiffe, die Verstärkung bereits für viel Geld beschaffter Panzerfahrzeuge (Puma, Boxer) und Kampfhubschrauber finanziert.

Deutschland ist weltweit der viertgrößte Waffenexporteur, nach USA, Russland und Frankreich. Entgegen dem weltweiten Trend erhöhten die deutschen Rüstungskonzerne die Ausfuhr von Waffen und Kriegsgeräten in den letzten Jahren um 21%. Trotz der restriktiveren Rüstungsexportrichtlinien werden ständig auch Waffen in Kriegs- und Krisenländern trotz Menschenrechtsverletzungen exportiert.

### **Fragen zu 2):**

- **Wie werden Sie und ihre Partei sich dafür einsetzen, dass der deutsche Militäretat nicht weiter ansteigt.**
- **Wie werden Sie sich dafür stark machen, dass gerade in Europa neue Abrüstungs-Initiative gestartet werden und so unser Land sicherer wird und die weltweiten Rüstungsausgaben gesenkt werden?**
- **Wie werden Sie sich für eine neue Entspannungspolitik in Europa einsetzen?**
- **Wie werden Sie sich dafür einsetzen, die expansiven deutschen Rüstungsexporte deutlich zu reduzieren?**
- **Wie werden Sie mit Ihrer Partei Waffen- und Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisenländer sowie bei Menschenrechtsverstößen konsequent unterbinden?**

### **3.) Militärische Drohnen**

Die Bundeswehr verfügt schon seit vielen Jahren über einige hundert Aufklrungsdrohnen, mit denen z.T. auch Angriffe auf erkannte Ziele gesteuert werden können. Mit dem Leasing von fünf israelischen Heron-TP Drohnen wurde 2018 der Weg zu bewaffnungsfhigen Drohnen beschritten, die selbst Ziele angreifen können. Die geplante Entwicklung der Eurodrohne und das Luftwaffensystem FCAS, bei dem ein Kampfflugzeug von z.T. bewaffneten Drohnen begleitet wird, soll der Bundeswehr den Zugang zu bewaffneten Drohnen sichern. Schon heute sind Drohnen Sinnbild der asymmetrischen Kriege zwischen den waffentechnisch hoch überlegenen Industriestaaten einerseits, sowie Staaten und Gruppen, die lediglich mit einfacher Waffentechnik ausgestattet sind, andererseits. Der Einsatz solcher Waffen verschärft die Konflikte, statt eigene Soldaten zu schtzen, wie fälschlicherweise von Befürwortern vorgebracht wird. Für die Zivilbevölkerung der Kriegsgebiete bedeuten Drohnen eine stndige psychische Belastung und reale Todesgefahr. Immer wieder waren in der Vergangenheit unbeteiligte Zivilisten Opfer von Drohnenangriffen, da eine eindeutige Unterscheidung zwischen Zivilisten und Soldaten/Kämpfern am Bildschirm des Drohnenpiloten häufig nicht möglich ist. Aktuell wurden türkische Drohnen im Krieg in Berg-Karabach eingesetzt und sicherten dort der aserbaidischen Armee den Sieg. Auch dies ist ein Beleg dafür, dass Drohnen keine Sicherheit schaffen, sondern die Kriegsgefahr erhöhen. Laut verschiedener wissenschaftlicher Einschätzungen geht der Weg bei der Weiterentwicklung von Drohnen unaufhaltsam Richtung autonomer Waffen, also zu Killerrobotern.

#### **Fragen zu 3):**

- **Wie werden Sie und ihre Partei sich dafür einsetzen, die Bewaffnung bereits von der Bundeswehr benutzter Drohnen zu verhindern.**
- **Wie werden Sie sich dafür einsetzen, die Beteiligung Deutschlands an der Entwicklung bewaffnungsfhiger Drohnensysteme wie der Eurodrohne und FCAS zu beenden?**
- **Werden Sie sich dafür stark machen, dass Deutschland sich für einen internationale Ächtung von Drohnen und autonomen Waffen einsetzt.**

### **4.) EU und Militär**

Schon seit längerem bekommt das „Friedensprojekt Europa“ ein immer militrischeres Gesicht: Bereits seit 2007 stehen EU-Gefechtsverbnde (battlegroups) bereit, die innerhalb von 5-30 Tagen in Marsch gesetzt werden können. Konkret sind oder waren EU-Militrverbnde in Bosnien, Somalia, am Horn von Afrika und in Mali aktiv. In der 2016 beschlossenen „EU-Globalstrategie“ wird die Notwendigkeit festgehalten, im Interesse der EU offene Seewege und der Zugang zu den natürlichen Ressourcen zu sichern. Im Dezember 2017 beschloss der Europäische Rat dann die "Ständige Strukturiert Zusammenarbeit" (PESCO). Damit sollen u.a. die militärischen Fähigkeiten gebündelt werden, Mit PESCO wird das bisher gültige Konsensprinzip bei außenpolitischen Aktivitäten aufgebrochen, die Durchführung von Militäraktionen erleichtert. Unter dem irreführenden Begriff „Friedensfazilitt“ wurde 2020 die Einrichtung eines Budget beschlossen, mit dem Militäreinsätze und Aufrstungsmanahmen in Drittstaaten, z.B. in der Sahel-Zone und dem Nahen Osten finanziert werden sollen, also in äußerst konfliktreichen Regionen. Seit einiger Zeit ist zudem von einer EU-Armee die Rede. Während Befürworter hier Einsparpotentiale durch die Zusammenlegung von Truppen und Waffenarsenalen sehen, befürchten Kritiker eine andere Entwicklung: Die EU würde mit einer eigenen Armee zu einer der stärksten Militrmchte, die in Konfrontation mit Atommchten wie Russland oder China um Einflusszonen ringt. Eine militarisierte EU ist keine Friedensmacht mehr sondern trägt zu Aufrüstung und gesteigerten Kriegsgefahr bei.

#### **Fragen zu 4):**

- **Wie werden Sie und ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die EU ihre zivilen Konfliktlsungskapazitten verbessert, statt immer mehr militärische Bereiche aufzubauen?**
- **Werden Sie sich für einen ausreichenden EU-Finanzrahmen für den Ausbau von gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Friedensförderung einsetzen.**
- **Werden Sie sich gegen die Aufrüstung lokaler und regionaler Akteure einsetzen, wie sie in der sogenannten „Friedensfazilitt“ vorgesehen sind?**
- **Werden Sie sich gegen die Schaffung einer EU-Armee aussprechen?**